

Gewerkschaftliche Monatshefte

21. JAHRGANG

DEZEMBER 1970

12

Eduard März

Konvergenz der Systeme — in historischer Perspektive

Seit dem August 1968, da die russischen Panzer den „Prager Frühling“ jählings niederwalzten, ist es um die Theorie der Konvergenz der Systeme recht still geworden. Wohl fehlt es nicht an Anzeichen, daß das Sowjetsystem sowie der amerikanische Kapitalismus von schweren Krisen heimgesucht werden, aber Versuche, diese Erschütterungen auf einen „gemeinsamen Krisenherd“ zurückzuführen, sind in der letzten Zeit bemerkenswert rar geworden. Eine Ausnahme ist die umfangreiche und überaus gründlich gearbeitete Studie „Ost-West-Konvergenz“ von *Kurt Dopfer*¹⁾, auf die wir später noch zurückkommen werden.

Die Konvergenztheorie ist fast so alt, wie das von der bolschewistischen Partei begründete Sowjetsystem. Schon im Jahre 1920 beschäftigte sich *Otto Bauer* in seinem klassischen Werk „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“²⁾ mit den Entwicklungsperspektiven des Rätessystems und stellte dabei fest, daß die Diktatur des russischen Proletariats nur solange möglich sei, als „... der Bauer das Kulturniveau der feudalen Barbarei noch nicht überwunden hat“ (Seite 69). Bauer knüpft dann an diese Beobachtung die folgende Prognose: „... in dem Maße, als der Bauer kulturell reift, gewinnt er politisches Interesse und politische Regsamkeit, erlangt er den Wunsch und die Fähigkeit, seine Interessen und seine Anschauungen im staatlichen Leben durchzusetzen. Sobald aber die Bauernschaft, die die gewaltigen Massen der Nation bildet, eigenen politischen Willen hat und zu selbständigen politischen Aktionen fähig wird, bricht die Alleinherrschaft des städtischen Proletariats zusammen.“ Bauer ist so der Ansicht, daß „die Diktatur des Proletariats in Rußland nicht die Überwindung der Demokratie ist, sondern eine Phase der Entwicklung zur Demokratie“. Auf lange Sicht muß es deshalb zu einer Konvergenz der Systeme kommen, da der russische Sozialismus zunehmende demokratische Züge und der westeuropäische Kapitalismus zunehmend sozialistische Züge annehmen werden.

Rund zwanzig Jahre später formulierte der Amerikaner *John Burnham* in seinem Buch „The Managerial Revolution“³⁾ eine völlig anders geartete Konvergenztheorie. Er meint, daß Entwicklungstendenzen in Ost und West am Werk seien, die zur Herausbildung eines Systems führen, das weder kapitalistische noch sozialistische Züge besitzt. Eine Parvenüschicht, die industriellen Manager, übernimmt zunächst die Kontrolle und allmählich auch das Eigentum an den Produktionsmitteln und begründet eine neue

1) Zürich und St. Gallen 1970.

2) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1920.

3) New York 1941.

hierarchisch geordnete Gesellschaftsordnung. Burnhams Theorie ist zwar von einer ganzen Reihe von Ökonomen und Gesellschaftswissenschaftlern positiv beurteilt worden, darunter auch von dem weltberühmten Ökonomen *Joseph A. Schumpeter*, aber sie ist heute, wie ich glaube, zu Recht in Vergessenheit geraten.

Die neue Konvergenzdiskussion dürfte auf einen Artikel *Jan Tinbergens* „Do Communist and Free Economics Show a Converging Pattern?“⁴⁾ zurückgehen. Sie hat einen beredten Exponenten in dem kürzlich verstorbenen Sowjetologen *Rudolph Schlesinger* gefunden, der in der von ihm redigierten Zeitschrift *Co-Existence* eine Plattform für einen regen Meinungsaustausch auf diesem Gebiet geschaffen hat.

Welches ist der gemeinsame „harte“ Kern, der in den letzten Jahrzehnten so häufig vertretenen Konvergenztheorien? Die meisten Verfasser verweisen auf bestimmte Entwicklungstendenzen, die allen hochentwickelten Industrienationen gemeinsam sind: Die Produktion ist in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Riesenkonzernen konzentriert; die industriellen Manager, die für die Führung dieser Organisationen verantwortlich sind, üben einen wachsenden Einfluß auf Wirtschaft und Politik aus und verschmelzen immer mehr mit einer Schicht von Politikern und Militaristen zu der führenden gesellschaftlichen Elite; die klaglose Funktion der großen Konzerne kann nur dann gewährleistet werden, wenn die öffentliche Hand in viele Bereiche des wirtschaftlichen Lebens ordnend eingreift; Planung in der einen oder anderen Form wird damit zur Lebensbedingung des modernen Industriestaates, ob er sich diesseits oder jenseits der großen politischen Demarkationslinie befindet.

Man könnte die gemeinsamen Merkmale der hochentwickelten Industrienationen noch um eine große Zahl anderer Attribute vermehren. Vielleicht genügt es für unsere Zwecke, wenn wir nur noch hinzufügen, daß die Zweite Industrielle Revolution den Produktionsprozeß von Grund auf umgestaltet hat und daß damit auch in der sozialen Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung tiefgreifende Veränderungen eingetreten sind. Immer mehr verschiebt sich das Gefüge unserer Industriegesellschaft in Richtung auf den hochqualifizierten Arbeiter, den Angestellten und den Wissenschaftler. Statistiker haben errechnet, daß im Jahre 2000 möglicherweise ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung aus Wissenschaftlern und hochqualifizierten Technikern bestehen wird.

Aber diese Hervorhebung der gemeinsamen Entwicklungsmerkmale der verschiedenen Industriegesellschaften ist nur *ein* Aspekt, und vielleicht nicht einmal der wichtigste, der, wie es scheint, nicht enden wollenden Konvergenzdiskussion. Ein anderer, auf den insbesondere der oben genannte Kurt Dopfer wiederholt verweist, ist die ziemlich weitverbreitete Erkenntnis, daß die einzige Alternative zur Konvergenz die Divergenz, die Konfrontation und möglicherweise die atomare Auseinandersetzung sind. Das Problem der Konvergenz verliert damit den Charakter einer akademischen Streitfrage, die in den Diskussionsorganen von Ökonomen und Soziologen ein obskures Dasein führt, und wird zu einem hochbrisanten politischen Thema, ja geradezu zu einer Existenzfrage unserer geteilten Welt.

Ein Konstruktionsfehler der Konvergenztheorien?

Man darf allerdings nicht verschweigen, daß den Konvergenztheorien möglicherweise ein fataler Konstruktionsfehler anhaftet. Der Westen ist den Grundsätzen des Privateigentums, der Marktwirtschaft, und, sieht man von den peripheren Diktaturen Portugals, Griechenlands und Spaniens ab, den verschiedenen Formen der bürgerlichen Demokratie treugeblieben. Der Osten fußt dagegen auf den Prinzipien des öffentlichen Eigentums an

4) *Soviet Studies*, Vol. 12, Oxford 1960/61.

den Produktionsmitteln, der Planwirtschaft und des Einparteiensstaates. Entwicklung im Sinne der Konvergenz bedeutet Auflockerung und schrittweise Annäherung dieser Kategorien, aber dem Konvergenzprozeß stehen im Augenblick gewaltige Hindernisse im Wege. West sowie Ost haben Imperien aufgebaut, die nur mit den Mitteln der militärischen Repression zusammengehalten werden können. Aus dieser Anwendung von Gewalt gegenüber Drittländern resultieren Tendenzen der Deformierung und Demoralisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Der Einsatz von Zwangsmitteln gegen den „äußeren“ Feind macht natürlich auch den kontinuierlichen und steigenden Einsatz von Zwangsmitteln gegen den „inneren“ Feind zur absoluten Notwendigkeit.

Es ist klar, daß die steigenden Militärlasten die Vertagung der Inangriffnahme selbst der brennendsten sozialen Probleme zwangsläufig nach sich ziehen. So ist das märchenhaft reiche Amerika heute nicht in der Lage, seiner Negerbevölkerung eine menschenwürdige Existenz und eine den Erfordernissen des Industriezeitalters entsprechende Schulbildung zu sichern, seine verfallenen Städte zu sanieren, sein archaisches Gesundheitswesen zu modernisieren usw. Ganz ähnlich vermag auch die Sowjetunion in Anbetracht ihrer drückenden Rüstungsausgaben nach einem halben Jahrhundert des „sozialistischen“ Aufbaues den Lebensstandard ihrer Bevölkerung noch immer nicht an das Niveau selbst der ärmeren westlichen Länder heranzuführen. Auf diese Weise wächst die Zahl der „inneren“ Feinde sowohl im Osten als auch im Westen. Und der Widerstand gegen das Regime ruft die Hüter der „Ordnung“ auf den Plan, die mit immer stärkerer repressiver Gewalt ausgestattet werden. So scheint es, daß Ost sowie West in den Zustand der politischen Erstarrung, des Immobilismus und der gegenseitigen Abschließung versinken, und daß sie kaum noch befähigt sind, den Weg der Konvergenz zu beschreiten.

„Tauwetter“ in der Zeit Kennedys und Chruschtschows

In der Zeit Kennedys und Chruschtschows schien allerdings die Perspektive einer etappenweisen Annäherung der beiden rivalisierenden sozialen Systeme eine recht günstige. Chruschtschow hatte im Jahre 1956 seine große „geheime“ Rede vor dem XX. Parteitag der KPdSU gehalten und damit das Signal für eine vorsichtige und langsame, aber dennoch merkliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion gegeben. Der ungarische Aufstand, der von den Sowjets blutig niedergeschlagen worden war, bewirkte wohl eine Abkühlung, aber keine „Einfrierung“ des reformerischen Eifers Chruschtschows. In der UdSSR, die durch viele Jahrzehnte der geistigen Abkapselung und der dogmatischen Verkalkung anheimgefallen schien, begann man wieder zu diskutieren und zu experimentieren. Kultur und Wissenschaft waren die ersten Ansatzpunkte der sowjetischen Reformen. Bei einem Besuch in Jugoslawien, knapp vor seinem Sturz, bekundete Chruschtschow sogar ein Interesse an dem System der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Man mag darüber spekulieren, wie weit die provokatorische Mißachtung der heiligen Kühe des Stalinismus zu Chruschtschows Sturz beigetragen haben mag.

Auch in Kennedy kann man ein Symbol des Verjüngungswillens der amerikanischen Nation sehen. Er stand, wie wir wissen, den Emanzipationsbestrebungen der amerikanischen Negerbevölkerung mit tiefer Sympathie gegenüber. Selten zuvor in der Geschichte der Vereinigten Staaten waren so viele konstruktive Ideen vom Weißen Haus zur Bewältigung der ärgsten Unvollkommenheiten der amerikanischen Demokratie in die Welt gesetzt worden. Gesundheitswesen, Bildung, Forschung und Entwicklung, Bürgerrechte und nicht zuletzt auch die Nutzbarmachung der keynesianischen Theorie zum Wohle der amerikanischen Wirtschaft waren die wichtigsten Initiativen, die von der Kennedy-Administration gestartet wurden. Wir wissen heute auch, auf Grund der Erklärung einer

seiner engsten Mitarbeiter, daß Kennedy nach den Wahlen von 1964 den Krieg in Vietnam beenden wollte. Auf diese Weise wäre es ihm gelungen, die Straße für weitere Reformen freizumachen und gleichzeitig auch den gefährlichsten Explosivstoff der Welt-politik aus dem Weg zu räumen.

Ursachen der gegenwärtigen politischen Eiszeit

Chruschtschow wurde bekanntlich von *Breschnew* und *Kossygin* abgelöst; auf Kennedy folgten *Johnson* und *Nixon*. Die beiden Supermächte sind seither wieder in den Zustand des Konservatismus und der geistigen Erstarrung zurückgefallen. Die Vereinigten Staaten scheinen durch die Ausweitung des indo-chinesischen Konflikts auf Kambodscha unfähiger denn je, sich aus ihrer asiatischen Verstrickung herauszuziehen und so auch kaum in der Lage, ihre explosive innenpolitische Situation zu entschärfen. Amerikas soziale Krise ist sicherlich vieldimensional, aber ihre tiefste Wurzel scheint der antikommunistische Komplex ihres industriell-militärischen Establishments zu sein. Auf diese Weise werden die wichtigsten Probleme der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf eine planmäßige Verwendung der unermesslichen Reichtümer dieses Landes zugunsten seiner minderprivilegierten Bevölkerungsschichten hinauslaufen würden, kaum ernsthaft gestellt, geschweige denn in Angriff genommen.

Die Krise der Sowjetunion liegt nicht ganz so auf der Oberfläche wie die ihres mächtigsten Rivalen. Ihre nationalen Minderheiten, ihre Universitätsjugend, ihre Intelligenz sind, wenn man den äußeren Anzeichen trauen darf, nicht — oder noch nicht — von der in vielen Teilen der westlichen Welt grassierenden „Krankheit“ der politischen Unrast ergriffen worden. Man hört wohl von Verhaftungen, Deportierungen und Einweisungen in Irrenhäuser, aber diese dürften nur eine relativ kleine Gruppe von dissidenten Intellektuellen berühren. Ansonsten scheint sich das Riesenreich in einem politischen Dornröschenschlaf zu befinden, ein Eindruck, der durch die monotonen, phrasenhaften und den Status quo bekräftigenden Erklärungen der sowjetischen Elite nur noch verstärkt wird.

Aber man täusche sich nicht. Die Sowjetunion wird von einer Krise geschüttelt, die gemäß Umfang und Tiefe keinen Vergleich mit der Situation in Amerika zu scheuen braucht. Die Landwirtschaft stagniert; die industrielle Produktion entwickelt sich langsamer als in einigen führenden kapitalistischen Ländern; die Produktivität der Arbeit scheint immer mehr hinter dem im Westen üblichen Standard zurückzubleiben; und die heutige Führung ist nicht fähig oder gewillt, eine wirklich durchgreifende Reform der veralteten Planungsmethoden zu erzwingen. In einem Manifest, das im Frühjahr dieses Jahres im Westen bekannt wurde, haben die hervorragenden sowjetischen Gelehrten *Sacharow*, *Medwedew* und *Turtschin* die letzten Ursachen der sowjetischen Krise in furchtloser Weise aufgedeckt. Sie führen die alarmierenden Gebrechen des Wirtschaftssystems auf den autoritären Herrschaftsstil und auf das Fehlen jeder schöpferischen Auseinandersetzung zwischen dem Apparat auf der einen Seite und den Volksmassen und der Intelligenz auf der anderen Seite zurück. Wir wollen hier nur eine einzige Stelle aus diesem wahrhaft historischen Dokument zitieren:

„Hier muß man auch das Problem des Verhältnisses von Staat und Intelligentsia erwähnen. Die Freiheit der Information und des geistigen Schaffens ist für die Intelligenz von ihrem Wirken und ihrer sozialen Funktion her unerläßlich. Die Bemühungen der Intelligenz, diese Freiheit zu vergrößern, sind legitim und natürlich. Aber der Staat unterdrückt dieses Streben durch alle Arten von Beschränkungen, administrativen Druck, Entlassungen, ja gerichtliche Verfolgung. Dies schafft eine Trennwand, wechselseitiges Mißtrauen und tiefes gegenseitiges Unverständnis, was eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Partei- und Staatsführung einerseits und dem aktivsten, das heißt für die Gesellschaft wertvollsten Teil der Intelligenz schwierig gestaltet. Unter

•den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft, in der die Rolle der Intelligenz ständig zunimmt, kann ein solcher Bruch nur als Selbstmord angesehen werden."

Reformbewegungen in West und Ost

Man mag hier die Frage aufwerfen, ob Chruschtschow und Kennedy bloß als historische Zufälle zu werten sind oder als ein Ausdruck gewaltiger reformatorischer Strömungen, die zum erstenmal an die sowjetische und amerikanische Oberfläche gedrungen waren. Wir glauben, daß die letztere Vermutung die richtige ist und daß sich die von Breschnew und Nixon zurückgestauten Kräfte des Fortschritts schon in naher Zukunft wieder geltend machen werden. Unser (gedämpfter) Optimismus gründet sich auf die folgenden Überlegungen: Das Amerika der Nixon, Agnew und Co. darf nicht in Isolierung betrachtet werden, sondern als ein Teil der größeren westlichen Hemisphäre, in der heute die Arbeiterbewegung die stärkste zivilisatorische und humanistische Kraft ist. Entideologisierung und Entpolitisierung haben sicherlich auch unter der Arbeiterschaft großen Schaden angerichtet, worauf *Theodor Prager* in einem vor kurzem in *Arbeit und Wirtschaft*⁵⁾ veröffentlichten Artikel hinweist, aber dies ändert nichts an der Tatsache, daß demokratischer Sozialismus und Trade-Unionismus, die von der arbeitenden Bevölkerung des Westens getragen werden, den westeuropäischen Kapitalismus an die Kandare genommen haben. Auch die Vereinigten Staaten, wo die Arbeiterbewegung gespalten und uneinheitlich ist, können sich auf längere Sicht nicht über die warnenden Stimmen aus dem Lager des schwedischen, englischen, deutschen, italienischen und auch österreichischen Sozialismus hinwegsetzen, die auf die fortschrittlichen Strömungen im eigenen Lande mächtig einwirken.

Dazu kommt, daß die im Zuge der industriellen Revolution vor sich gehende Umstrukturierung der arbeitenden Bevölkerung zu einer raschen Zunahme der hochqualifizierten und wissenschaftlichen Kader führt. Die sogenannte „Techno-Struktur“, die der Amerikaner *John Galbraith* als eine verhältnismäßig kleine Führungselite auffaßt, umfaßt in Wahrheit einen bereits beträchtlichen und ständig wachsenden Teil der Arbeitnehmer.

Man hat in den letzten Jahren viel darüber geschrieben, daß die Automation einen neuen „Polarisierungsprozeß“ im Betrieb ausgelöst hat, das heißt eine Umschichtung der Berufsstruktur, bei der eine Tendenz zur Konzentration der qualifizierten Arbeit auf dem einen Pol und der unqualifizierten auf dem anderen Pol deutlich erkennbar ist. Es ist jedoch von vielen kompetenten Betrachtern festgestellt worden, daß diese Umschichtung Hand in Hand geht mit der Hebung des Bildungsniveaus aller an der Produktion beteiligten Personen, woraus mächtige Impulse zur weiteren Rationalisierung, Automatisierung und Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses resultieren. Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen die vieldiskutierte Frage der Mitbestimmung zu einer politischen Streitfrage erster Ordnung werden muß. Die Forderung nach der Umwandlung unserer noch recht formalistisch konzipierten Demokratie in eine Realdemokratie dürfte von der politischen Tagesordnung der siebziger Jahre nicht mehr verschwinden.

Das von uns oben zitierte Manifest der drei prominenten russischen Wissenschaftler macht es deutlich, daß das Problem der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion geradezu als eine Existenzfrage dieses Landes aufgefaßt werden muß. Der Apparat wird die Lebenssphäre des sowjetischen Bürgers, in welcher dieser eigene Meinungen und eigene Initiativen an den Tag legen darf, wesentlich vergrößern müssen, damit das sowjetische Wirtschaftssystem jenes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähig-

5) Wien, Nr. 7—8, 1970.

keit gewinnt, ohne das ein hochkompliziertes industrielles System sich heute nicht mehr zu behaupten vermag.

Man hat in der Sowjetunion in den letzten Jahren den Versuch gemacht, viele der administrativen Eingriffe in die Wirtschaft durch ökonomische Richtgrößen und Anreize zu ersetzen. Diese Reorientierung der sowjetischen Planwirtschaft ist u. E. im Westen fälschlich als „marktwirtschaftliche“ Reform charakterisiert worden. Aber ein „freier“ Markt in dem Sinne, daß die Unternehmen als Träger freier ökonomischer Willensbildung aufzufassen wären, ist in der Sowjetunion niemals angestrebt worden. Unter Breschnew & Co. sind jedoch auch diese „sowjetkonformen“ Reformen unter den immer stärkeren Beschuß der Sowjetbürokratie gekommen.

Eine „sowjetkonforme“ Reform der russischen Wirtschaft, wie sie von *Libermann*, *Nemtschinow*, u. a. angestrebt wird, bedeutet nicht, daß das sowjetische System den Prinzipien der Planung abschwören muß. Kollektives Eigentum, Planung und eine stärkere Betonung des Gleichheitsideals werden u. E. auch in Zukunft die für die gesellschaftliche Entwicklung im Osten ausschlaggebenden gesellschaftspolitischen Kriterien sein. Aber diese allein sind keine Garanten für das Überleben des Sowjetsystems, sofern sie nicht eingebettet sind in eine lebendige demokratische Umwelt. Sozialismus ohne individuelle Freiheit ist ein Widerspruch in sich selbst.

Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht

Aus dem bisher Gesagten sollte es klargeworden sein, daß wir der Konvergenztheorie in einem beschränkten Sinne zustimmen. Wir glauben nicht, daß damit zu rechnen ist, daß sich Kapitalismus und Sozialismus in absehbarer Zeit zu einem einzigen System entwickeln werden, das als eine Mischung aus beiden Elementen betrachtet werden kann. Was unserer Meinung nach schon in Bälde eintreten wird, ist eine gewisse *Vermenschlichung* beider Systeme. Wir werden vielleicht noch vor Ablauf dieser Dekade Zeugen eines Umwandlungsprozesses sein, der letzten Endes zur Herausbildung von Industriegesellschaften verschiedenen Typs, aber mit „menschlichem Gesicht“ führen wird. Die politische Eiszeit, die unter den Auspizien Nixons und Breschnews über uns hereingebrochen ist, dürfte sich nur als ein kurzes historisches Zwischenspiel erweisen. Nicht diese beiden düsteren politischen Gestalten, sondern ihre reformbejahenden Vorgänger Kennedy und Chruschtschow sind die echten Exponenten einer nach neuen Ufern strebenden Menschheit. Auch Kurt Dopfer, dessen Werk „Ost-West-Konvergenz“ wir im Anfang erwähnt haben, kommt am Ende seiner sehr weit ausholenden Untersuchung zu einer ähnlich modifizierten Konvergenzthese:

„Die Annäherung der Wirtschaftsordnung von Ost und West wird in der absehbaren Zukunft eine graduelle bleiben; Transformationen werden nur in jenem Ausmaß stattfinden, wie diese sich zur Erhaltung oder Verbesserung des bereits etablierten Wirtschaftssystems als unabdingbar erweisen“ (Seite 538).

Die Erhaltung oder gar Verbesserung der bereits etablierten Wirtschaftssysteme in Ost und West ist in der Tat ohne einen weiteren Ausbau der demokratischen Institutionen, ohne einen regen Meinungsaustausch zwischen Oben und Unten und ohne die Mitwirkung und Mitverantwortung der arbeitenden Bevölkerung auf allen Ebenen, wo relevante gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden, nicht mehr denkbar. Mag sein, daß spätere Jahrzehnte eine weitgehendere Konvergenz der Systeme, etwa in dem von Tinbergen und anderen jüngeren Konvergenztheoretikern angedeuteten Sinne, bringen werden. In der kurzen Perspektive ist jedoch nur mit einer Annäherung, aber nicht mit einer Verschmelzung der Systeme zu rechnen.